

PROTOKOLL

der

gemeinsamen Sitzung des Ausschusses Wirtschaft, Bau und Verkehr und des Ausschusses Umwelt der Stadtverordnetenversammlung Cottbus am 30.08.2011

Ort: Stadthaus Altmarkt 21
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitslisten (Anlage 1 und 2)

zu TOP 1 Abstimmung zur Tagesordnung

Herr Schaaf, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Bau und Verkehr, eröffnet die Sitzung und begrüßt zur Informationsveranstaltung die Mitglieder beider Fachausschüsse sowie die Gäste. Die Tagesordnung wird bestätigt.

Frau Kühl, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, übernimmt die Leitung der Sitzung und begrüßt ebenfalls die Anwesenden.

Grüße des OB werden überbracht. Herr Szymanski kann an der Ausschusssitzung nicht teilnehmen, da er in Potsdam Termine beim Ministerpräsidenten Herr Platzeck und der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Frau Kunst wahrnimmt.

zu TOP 2.1 Information über den operativen Hochwasserschutz im Einklang mit den naturschutzrechtlichen Anforderungen an den Spreedeichen im Cottbuser Stadtgebiet

Herr Bergner, Fachbereichsleiter 72, erläutert die derzeitige Ausgangssituation und die hohe Bedeutung von Deichen für den Hochwasserschutz, da die Spremberger Talsperre nicht genügend Schutz vor Hochwasser an der Spree bietet. Die bereits aktive Arbeitsgruppe „Hochwasserschutz“ erarbeitete weitere Maßnahmen, welche u. a die Fällung von Bäumen vorsieht. Die Fällung der Bäume, die außerhalb des Fauna- Flora- und Habitatrichtliniengebietes (FFH) liegen, wird vom 01.10.2011 bis 28.02.2012 durchgeführt. Anschließend spricht Herr Dr. Kupetz, Referatsleiter des LUGV, über die hohe Bedeutung des Hochwasserschutzes. Danach berichten der Inhaber des beauftragten Planungsbüros, Herr Dr. Förster und seine Mitarbeiterin Frau Nissen über das in Auftrag gegebene naturschutzrechtliche Gutachten, um festzustellen ob die Fällung der Bäume juristisch unbedenklich ist und ob es naturräumliche Einschränkungen für Tiere und Pflanzen gibt. Die Fällung der Bäume soll zu einer Strukturverbesserung der Auenwälder führen. Das umfangreiche Gutachten kann erst im Oktober fertig gestellt werden, da verschiedene aufwendige Untersuchungen noch durchgeführt werden sollen. (siehe Anlage 3 und 4)

Frau Kühl lobt die Unkompliziertheit der Zusammenarbeit des Fachbereiches 72, des LUGV und des Planungsbüro Förster. Auf anschließende Fragen wurde geantwortet.

Anfragen / Hinweise / Diskussion:

Frau Kircheis gibt zu bedenken, dass wenn alle Bäume im Deichbereich gefällt werden würden, dann die Baumkontrollen wegfallen würden. Dazu führt Herr Dr. Kupetz aus, dass es wichtig ist zwischen dem Wasser- und dem Naturschutzgesetz abzuwägen.

Herr Dr. Bialas fragt nach der Schließung der Deichlücke in Kiekebusch sowie nach einem weiteren Pegelstandort zwischen der Spremberger Talsperre und dem Sandower Pegel. Herr Dr. Kupetz verweist auf das Hochwasserrisikomanagement bis 2015. Für einen weiteren Pegel ist der FB Hydrologie zuständig. Herr Nicht erklärt, dass die Stadt auf einen zweiten Pegel bestehen wird.

zu TOP 2.2 Informationen zum aktuellen Stand des Kreislauf- und Abfallwirtschaftsgesetzes

Frau Schneider, Sachgebietsleiterin des Amtes 70, informiert über ein noch unbeschlossenes Gesetz zur Reformierung der Abfallwirtschaft. Ziel des Gesetzes ist die Modernisierung des Abfallrechts. Zur Prüfung der Notwendigkeit wird eine Abfallanalyse durchgeführt, welche die genaue Zusammensetzung der Restabfälle bestimmen soll, um die Notwendigkeit von Biotonne und Wertstofftonne zu bestimmen. (siehe Anlage 5)

zu TOP 2.3 Information über den Stand L 50 - Kiekebuscher Weg

Die Anwesenden Interessenvertreter der Initiative „Kiekebuscher Weg“ verteilten zu Beginn der Sitzung Informationsschreiben an alle Anwesenden. (siehe Anlage 6)

Frau Adam, Fachbereich 66, erläutert den Arbeitsstand. Es wird die Kompromissvariante in 3 Teilbereichen vorgestellt, die für eine Einigung mit der Bürgerinitiative ausgearbeitet wurden. Jedoch kam es zu keiner kompletten Einigung. Die beschlossene Umsetzung sieht vor, die Nordpflanzung zu belassen und Ergänzungspflanzungen vorzunehmen. (siehe Anlage 7)

Frau Tzschoppe informiert, dass die Vorlage nochmals im III. Quartal 2011 in den Ausschüssen behandelt wird und wenn es zu keinem Kompromiss kommt, ist über den Ausbau der Straße inkl. Radweg zu entscheiden.

zu TOP 2.4 Information zum Antrag 008/11 Durchfahrtsverbot für Transit-Lastwagen (schwere Nutzfahrzeuge)

Herr Geißler, Fachbereichsleiter 32, stellt die am 30.08.2011 durchgeführte und am 31.08.2011 durchzuführende Befragung an den sieben Hauptverkehrsstellen in Gallinchen, Kahren, Branitzer Siedlung, Sandow - Stadtring, Groß Gaglow, Saarbrücker Straße, Ströbitz - Kolkwitzer Straße vor. Der Personaleinsatz erfolgt mit Polizisten, Mitarbeitern der Verkehrswacht sowie der Stadtverwaltung. Auf Grund der Personalsituation der Polizei musste die Befragung bereits auf zwei Tage verlängert werden. Die Befragung beinhaltet den Ort des Fahrtbeginns, dem Ziel und eventuellen Zwischenzielen in Cottbus. Die Auswertung wird in nächster Zeit erfolgen. Die nächste Beratung findet am 30.09.2011 statt.

Ein besonderer Dank gilt allen Helfern, besonders der Polizei und der Verkehrswacht Cottbus.

zu TOP 2.5 Information über die Neuvergabe der Konzessionsverträge für die traditionellen Veranstaltungen in der Stadt Cottbus

Herr Geißler, Fachbereichsleiter 32, erläutert mittels einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 8) die Neuvergabe der Konzessionsverträge für die traditionellen Veranstaltungen in der Stadt Cottbus. (Stadtfest, Weihnachtsmarkt, Ostermarkt, Trödelmarkt und Bauernmarkt)

Herr Schaaf übernimmt die Leitung der Sitzung.

zu TOP 2.6 Mietspiegel für die Stadt Cottbus

Herr Konzack, Fachbereichsleiter 33, stellt den erarbeiteten Mietspiegel vor. Der Mietspiegel weist ortsübliche Vergleichsmieten für Wohnungen jeweils vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung und Beschaffenheit aus. Es handelt sich um einen qualifizierten Mietspiegel. Ein qualifizierter Mietspiegel muss gemäß § 558 d BGB nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen erarbeitet und von der Gemeinde oder von Interessenvertretern der Vermieter und der Mieter anerkannt sein. (siehe Anlage 9)

Da die Erstellung des Mietspiegels eine freiwillige Aufgabe ist, wird die Stadt sich zukünftig an der Finanzierung nicht mehr beteiligen.

Frau Tzschope macht Anmerkungen über den am 30.08.2011 in der Lausitzer Rundschau veröffentlichten Artikel „Wenn die Wohnungssuche zur Glückssache wird“ von Nicole Nocon. So zitiert sie „...bei Bau – oder Umbaumaßnahmen gibt es Wartezeiten auf Baugenehmigungen oder Förderbescheide.“ Anschließend betont sie eine schnellstmögliche Bearbeitung der Anträge und dass ein bildlich gesprochener Umbau von heute auf morgen nicht möglich sei.

zu TOP 2.7 Integrierter Verkehrsentwicklungsplan Cottbus 2020 (InVEPI 2020)

Herr Hösel, Fachbereich 61, informiert zu den Änderungen des InVEPI 2020 zum Stand 07/10. (siehe Anlage 10)

Dabei geht er kurz auf die Entwicklung des ÖPNV ein. Beim Radverkehr, Fußgängerverkehr sowie im Maßnahmeplan, Monitoring und Controlling gibt es keine Änderungen zum Stand 07/10. Es wurden weitere teilräumliche Konzepte fertig gestellt und das Konzept für Sielow befindet sich in Arbeit.

Ein Beteiligungsverfahren wurde im März / April 2010 durchgeführt und auch die Fraktionen konnten Stellungnahmen dazu einbringen. Die Stellungnahmen sowie die Bearbeitung dieser wurde den Stadtverordneten übergeben. (Anlage 11 und 12)

Anfragen / Hinweise / Diskussion:

Herr Dr. Schur fragt nach, wie der Bevölkerung das InVEPI bekannt gegeben werden kann.

Herr Schaaf äußert, dass das Thema nochmals im WBVA vorgestellt wird und darüber diskutiert werden kann.

zu TOP 2.8 Radwege – Prioritäten geplante Maßnahmen, Kosten

Herr Hösel, Fachbereich 61, stellt die Ziele des Radverkehrskonzeptes vor und erläutert den Kontext zwischen Umwelt und Verkehrssicherheit. Weiterhin wird über den erarbeiteten Maßnahmenplan mit den abgeschlossenen, geplanten sowie offenen Maßnahmen informiert. (Anlage 13)

Anfragen / Hinweise / Diskussion:

Frau Kircheis fragt nach einer Abstimmung zwischen der Stadt Cottbus und dem Landkreis SPN.

Herr Hösel berichtet dazu, dass beide Konzepte (CB / SPN) jeweils abgestimmt wurden und weiterhin auch abgestimmt werden.

Herr Günther: Inwieweit ist die Verbindung in die renaturierte Spreeaue als Radwegeverbindung bereits berücksichtigt bzw. in Planung begriffen?

Herr Hösel: Die Wegeverbindung ist innerhalb des Flurbereinigungsverfahrens Spreebogen durch die Stadt im Forderungskatalog berücksichtigt. Diese Herangehensweise wurde mit dem Ortsbeirat abgesprochen. Das Verfahren stockt z. Zt.

Herr Luttert: Was ist unter der Bundes-/Landesmaßnahme Radweg Cottbus - Peitz zu verstehen?

Herr Hösel: Die ehemalige Bahnachse.

zu TOP 2.9 Verkehrsknoten Bahnhofsplatz

Frau Tzschoppe führt in die Präsentation ein und erläutert warum es neben der Variante mit Straßenbahn eine Variante ohne Straßenbahn vorgestellt wird.

Zur Entscheidung sind die 4 Punkte:- Fahrgastzahlen
- Fahrzeiten
- Kosten / Finanzierung
- Zukunft zu berücksichtigen.

Herr Steiner des Büros BDC stellt die Varianten Umbau Bahnhofsplatz mit Verlegung der Straßenbahn sowie ohne Verlegung der Straßenbahn gegenüber. Bei der Variante ohne Verlegung der Straßenbahn handelt es sich nur um einen konzeptionellen Ansatz. (Anlage 14)

Frau Tzschoppe erläutert nochmals die verschiedenen Modelle der Kostenübernahme zu den Varianten.

Herr Reincke informiert, welche Auswirkungen die Investition auf den Haushalt von Cottbusverkehr hat.

Anfragen / Hinweise / Diskussion:

Herr Kettlitz appelliert, dass an der ersten Variante festgehalten werden sollte. Es gibt keine Vorteile bei der Variante ohne Verlegung der Straßenbahn.

Herr Strese äußert, dass die erste Variante zukunftsfähig ist auch in Hinblick auf die Streckenerweiterung Klinikum.

Herr Dr. Schur fragt, warum es keine Variante mit der Führung der Straßenbahn über die Straßenkreuzung gibt und ob es bei solch einer Variante Einsparungen geben würde. Er bittet um Ausführungen.

Herr Schaaf betont, dass auch dieses Thema nochmals im auf die TO des WBVA gesetzt wird und es dann genauere Erläuterungen zu den Details gibt.

Die zweite Variante kann nicht akzeptiert werden.

Herr Kaps wünscht einen Zeitplan. (siehe Präsentation)

Frau Tzschoppe führt nochmals aus, dass eine Entscheidung vom MIL zur Finanzierung der Straßenbahn in der Zukunft erforderlich ist. Die Stadt Cottbus muss sich für eine der 2 Varianten entscheiden.

Herr Dr. Schur fragt, ob es keine Informationen der Deutschen Bahn AG (DB AG) über Vorhaben den Hauptbahnhof betreffend gibt. Es sollte eine Zeitschiene bei der DB AG zu geplanten Maßnahmen ab 2013 abgefordert werden.

Frau Tzschoppe informiert, dass es Abstimmungen mit der DB AG gibt und sie dazu in der Vergangenheit im Ausschuss informiert hat. Sie schlägt vor, dass die DB AG am 14.09.11 im WBVA selbst informiert.

Herr Kettlitz sagt, dass gegenüber dem Bürger Verlässlichkeit dargestellt werden sollte und verlangt ein Votum der Ausschüsse gegenüber der Rathauspitze.

Herr Nicht erklärt dazu, dass es keine Frage sei, ob die Straßenbahn fährt oder nicht.

Herr Nagel bittet darum, dass die Diskussionen zu diesem Thema in den ordentlichen Ausschusssitzungen geführt werden sollten.

Herr Schaaf beendet die Diskussion und verschiebt den TOP in den WBVA am 14.09.11.

Der TOP 2.11 wird aufgrund der Themenübereinstimmung vor dem TOP 2.10 behandelt.

zu TOP 2.11 HSK – Beschluss Cottbusverkehr

Frau Tzschoppe macht eine kurze Einführung und vertagt aufgrund des noch nicht fertig gestellten Gutachtens den TOP auf den WBVA am 14.09.11. In der ordentlichen Sitzung des WBVA wird das Thema detailliert behandelt.

zu TOP 2.10 Personentunnel

Herr Hauzenberger, Fachbereich 66, erläutert die 3 erarbeiteten Varianten zur Umsetzung eines Personentunnels zwischen dem Hauptbahnhof und dem Spreewaldbahnhof. (Anlage 15)

Frau Tzschoppe verweist auf die Kostenerhöhung durch Sicherheits- und Leitechnik und auf die noch bisher nicht berücksichtigte städtebauliche Lösung des Ausgangsbauwerkes.

Anfragen / Hinweise / Diskussion:

Herr Kettlitz fragt nach der Höhe der Mittel, die die Stadt aufbringen muss. – Die betreffende Folie wird noch mal gezeigt.

Frau Tzschoppe erklärt, dass die DB AG Bauherr und auch Antragsteller für Fördermittel ist (Abstimmung MIL, LBV, DB AG, Stadt). Die Stadt Cottbus müsste sich nach derzeitiger Kostenschätzung mit rund 500T€ an der Finanzierung beteiligen.

Herr Dr. Schur gibt zu bedenken, dass die Stadt nicht mehr so billig an einen Personentunnel rankommen wird.

Frau Tzschoppe erinnert an die prekäre Haushaltssituation und mahnt zur Prioritätensetzung.

zu TOP 2.12 Interimslösung Gehweg Bahnübergang Parzellenstraße

Frau Adam, Fachbereich 66, informiert darüber, dass der geplante provisorische Weg nochmals nach Süden verschoben werden muss und dieser damit teurer wird. (Anlage 16)

Frau Tzschoppe begründet mit der Haushaltslage der Stadt Cottbus, dass man sich die neue Lösung nicht leisten kann. Die Interimslösung wird nicht gebaut.

Seitens der Anlieger und Nutzer sind keine Beschwerden bekannt. In einem am 27.07.2011 stattgefundenen Gespräch wurde der Eigentümer des angrenzenden Grundstücks informiert. Die Stadtverordneten stimmen zu.

Anfragen / Hinweise / Diskussion:

Frau Kircheis erkundigt sich nach dem Zustand des vorhandenen Weges. Es ist kein Weg vorhanden. Dieser müsste neu gebaut werden.

gez. Werner Schaaf
Vorsitzender des Ausschusses
Wirtschaft, Bau, Verkehr

gez. Karin Kühl
Vorsitzende des Ausschusses
Umwelt